

„Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 RM. wöchentlich 25 Pfennig. Die heutige Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Erzogen worden in der Briefetal-Bote... Die ungeschickte Postkarte kostet 25 Pfennig, die Briefmarke 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 185 Postfachkonto: Berlin 62 448 Donnerstag, den 24. November 1927 Postfachkonto: Berlin 62 448 26. Jahrgang

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Die Wahl der Vertrauensmänner und der Ersatzmänner in der Angehörigenversicherung findet am Sonntag, den 27. d. Mts., vormittags 12 Uhr bis nachmittags 4 Uhr im Lokal von Krüger, Rathausstraße 10, gleichzeitig statt.
Birkenwerder, den 23. November 1927.
Der Amtsvorsteher. Pieper.

Der Amtsvorsteher Schönfließ.

Im Einkommen mit dem Herrn Regierungsrat und dem Herrn Veterinär wird aus dem Amtsbezirk die „Olenicke“ gebildet.
Als zur planmäßigen Leitung der Stelle wird der jetzige Stellvertreter, Fleischermeister Mayer, Birkenwerder, die Fleischer- und Tischlerhand in dem genannten Beschaubezirk ausüben.
Berlin, den 19. November 1927.
Der Landrat.

Veröffentlichung:
Bergfelde, den 23. November 1927.
Der Amtsvorsteher. Vors.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Die Hebelste über die von den Hundehaltern für Okt. 27 bis März 28 zu zahlende Gemeinde- und Kreishundesteuer liegt vom 19. November 1927 ab 14 Tage im Gemeindebüro während den Dienststunden zur Einsicht der Steuerpflichtigen offen. Einsprüche gegen die Festsetzung der Hundesteuer sind binnen 1 Monat nach Ablauf der Einspruchsfrist bei mir anzubringen. Gleichzeitig fordere ich die Steuerpflichtigen auf, die Gemeinde- und Kreishundesteuer für Oktober 27/März 28 bis zum 25. d. Mts. an die Gemeindekasse zu zahlen, ansonsten falls kostenpflichtige Behandlung erfolgen dürfte.
Bergfelde, den 23. November 1927.
Der Gemeindevorsteher. Czokowski.

Jagdrechtverteilungslplan.

Der Plan über die Verteilung der Jagdpachtgelder aus dem Rechnungsjahr 1927/28 liegt in der Zeit vom 24. November bis einschließlich 7. Dezember 1927, während der Dienststunden im Gemeindebüro zur Einsicht der beteiligten Grundbesitzer aus.
Einsprüche gegen die Richtigkeit des Plans sind innerhalb obiger Zeit bei mir anzubringen.
Bergfelde, den 23. November 1927.
Der Gemeindevorsteher als Jagdvorsteher. Czokowski.

Hohen Neuendorf

Der stellv. Gemeindevorsteher macht bekannt:

Invalidentversicherung.
Mehrere Fälle geben mit Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Austausch der Invalidentmarken innerhalb von zwei Jahren zu erfolgen hat. Wird diese Zeit verfließen, so hat der Versicherte keinen Anspruch auf Rente. Die Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung erlangt oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert und dennoch eine Wartzeit von 200 Beitragswochen zurücklegt.
Ueber Selbst- und Weiterversicherung gelten nachstehende Bestimmungen:

A. Selbstversicherung:
Jede Person bis zum 40. Lebensjahre kann sich freiwillig versichern, wenn eine Beschäftigung vorliegt, die sonst nicht versicherungspflichtig ist. A. unentgeltlich beschäftigte Kinder, Ehepartner, kleine Betriebsunternehmer, die nicht mehr als zwei Personen beschäftigen. Die Wartzeit beträgt bei Selbstversicherern 500 Beitragswochen. (Alle zwei Jahre müssen 40 Marken geklebt werden.)

B. Weiterversicherung.
Jeder, der auf Grund der Versicherungspflicht mindestens 100 Marken geklebt hat, kann bis zum 40. Jahre die Versicherung freiwillig fortsetzen, selbst wenn die Anwartschaft erloschen gewesen ist. Wer über 40 Jahre alt ist, muß mindestens 500 Marken geklebt haben, wenn er die Versicherung fortsetzen will. Zur Erfüllung der Anwartschaft muß er von neuem 500 Marken kleben. Wer über 60 Jahre alt ist, muß vorher mindestens 1000 Marken geklebt haben und von neuem 500 Marken kleben, um die Anwartschaft zu erfüllen.
Weitere Auskunft wird im Zimmer 10 erteilt.

Was gibt es Neues?

— Anlässlich der am Donnerstag erfolgenden Einweihung der Räume der preussischen Gesundheitsverwaltung wird der preussische Ministerpräsident Braun dem bayerischen Ministerpräsidenten einen Besuch abstatten.
— Der preussische Innenminister Grafenitz unternahm am Dienstagabend eine auf leichere Tage berechnete Besichtigungstour in die westlichen Grenzgebiete.
— Der König von Belgien hat Japar erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt.
— In verschiedenen russischen Städten sollen Kundgebungen für Trost und Einwohnern stattfinden haben.
— Amerika hat die als Kampfmittel benutzten verfallenen Vollzinslöhne auf französische Autos, Frachtwagen und andere Waren aufgehoben.
— Durch Schneeverwehungen wurden in Mitteldeutschland große Verkehrsstörungen herbeigeführt.
— In einem Vollschmelzprozess in Mainz wurden 2000 Strafen in Höhe von vielen Millionen verhängt.

Strefemann verteidigt Locarno.

Gegen den Stahlhelm und Professor Forstner.
In einer öffentlichen Versammlung, die in Braunschweig im Anschluß an die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei stattfand, hielt Reichsaussenminister Dr. Strefemann eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:
Wenn sich der Landesverband Braunschweig „Stahlhelm“ in seinen Forderungen an die politischen Parteien gegen die Fortsetzung einer Außenpolitik ausdrückt, die von Demütigung zu Demütigung geführt habe, so muß ich das ganz entschieden zurückweisen, wie es auch die Volkspartei Braunschweigs bereits getan hat. Sollte es richtig sein, daß die deutschnationalen Braunschweiger dieser „Forderung“ nachgegeben haben, so sollen sie sich damit in schroffem Widerspruch gegen die deutschnationalen Reichspartei und die deutschnationalen Kabinettsmitglieder. Mit großer Entschiedenheit erklärte Dr. Strefemann, daß die Außenpolitik, die von der Londoner Konferenz über die Beilegung der Ruhr und der Sanktionsstädte, sowie der ersten Zone nach Locarno und Genf geführt habe, unbedingt fortgesetzt werde, auch wenn es dem oder jenem nicht gefalle.
Der Reichsaussenminister wandte sich ab dann mit besonderer Schärfe gegen den offenen Brief der Ortsgruppe Braunschweig der Deutschen Friedensgesellschaft und erklärte, daß die Kreise um Forstner und Werten, die ihr eigenes Vaterland angreifen und Frankreich bevorzugen, Deutschland zu trauen, die größten Betrüger einer Versöhnung und Beilegung, und somit die verhängnisvollsten Gegner der Versöhnungspolitik seien.
Auf die finanzielle Lage eingehend, warf Dr. Strefemann die Frage auf, inwiefern die Kritik des Reparationsagenten an unserer Finanzpolitik berechtigt sei. Er erwiderte keine warnende Stimme gegen zahlreiche Erscheinungen in unserem Wirtschaftsleben, die bei Tausenden den Eindruck erwecken, als wären wir ein reiches Volk, während wir in Wirklichkeit arm sind.

Wanderveldes Sturz.

Die Regierungskrise in Belgien, die am Montagabend mit dem formellen Austritt des Kabinetts Japar-Wandervelde geendet hat, dürfte dahin führen, daß Japar ein neues Kabinett unter Ausschluß der Sozialdemokraten bildet. Für uns wird dabei von besonderem Interesse sein, wer an Stelle Wanderveldes das Außenministerium übernehmen wird. Von den vier Außenministern, die das Locarnowert geschaffen haben, ist Wandervelde der erste, der von der politischen Bühne abtritt. Auf die Locarnopolitik wird das aber kaum einen Einfluss ausüben; sie ist ohnehin schon veraltet, und Wandervelde ging es dabei ähnlich wie seinem französischen Kollegen Briand. Er vermochte sich mit seinem Versöhnungswillen gegen seine Kabinettskollegen ebenso wenig durchzusetzen, wie Briand gegen Poincaré.
Wie wenig Einfluss Wandervelde tatsächlich besaß, zeigte sich besonders deutlich bei der Auseinandersetzung über die Frankreichfrage und die Grenzverträge. Wandervelde hatte damals der deutschen Regierung die Einsetzung eines unparteiischen Untersuchungsausschusses vorgeschlagen, aber er vermochte nicht das Kabinett für seinen Plan zu gewinnen. Schon damals hing das Schicksal Wanderveldes an einem Faden. Es sei nur daran erinnert, wie er von Genf nach Brüssel zurückkehren mußte, um an einem Kabinettsrat teilzunehmen, in dem sein Angebot an Deutschland endgültig zu Fall gebracht wurde.
Der Sturz Wanderveldes und seiner sozialdemokratischen Kollegen ist jetzt bei einer Frage erfolgt, die ebenfalls mit dem Versöhnungsproblem in einem gewissen Zusammenhang steht. Der Stein des Anstoßes bildete die Frage der Heeresreorganisation. Die Sozialdemokraten hatten als Preis für ihre Zustimmung zu dem Landesverteidigungsplan eine Herabsetzung der Dienstzeit von 10 auf 6 Monate verlangt, die die anderen Parteien in dieser Form nicht zugestehen wollten. Dabei muß festgestellt werden, daß auch der sozialdemokratische Vorschlag noch keineswegs als eine „Abrüstung“ angesprochen werden konnte. Im Gegenteil, die Sozialdemokraten waren bereit, einer Verstärkung der Räder zuzustimmen, so daß man eher von Aufrüstung als von Abrüstung sprechen kann.
Noch unvollständiger tritt diese Aufrüstung natürlich in dem Entwurf des Kriegsministers hervor, soweit man hier überhaupt von einem Entwurf sprechen kann. Nach der amtlichen Mitteilung über den Austritt des Kabinetts konnte der Kriegsminister dem Ministerat nur ein Exposé über die Lage und die Reorganisation der Armee vorlegen, in dem besonders die Einheiten, die Bewaffnung, das System der Befestigungen und die Herabsetzung der Dienstzeit behandelt wurden. Der Minister kam zu dem Schluß, daß es ihm unmöglich gewesen sei, gegenwärtig einen Gesamtentwurf über die Herabsetzung der Dienstzeit vor-

Restaurant zum alten Bergschloß
Inhaber: Fritz Böhm, Birkenwerder
VORANZEIGE!
Am Sonnabend, den 3. Dezember großes **Wurst- und Eisbeisessen**
verbunden mit **Tanz**. Es ladet freundlich ein: Der Wirt.

zutragen, der die Billigung aller Mitglieder des Ministerrats hätte finden können. Er schlug daher vor, die ganze Militärfrage einem gemischten Ausschuss zu unterbreiten, der entsprechend dem im Jahre 1920 gebildeten Ausschuss zusammengesetzt sein sollte. Da die Mitglieder des Ministerrats sich über diesen Vorschlag nicht einigen konnten, beschloßen sie, dem König die Gesamtdemission zu überreichen.
Die Brüsseler Zeitung „Soir“ weiß übrigens einige Mitteilungen zu machen über die Verhältnisse von dem Kriegsminister eingeleiteten Grenzsonderauschusses. Dieser Ausschuss soll sich besonders mit dem Limburger Loch und dem Brückentofel Maastricht beschäftigen haben. Er soll beschloßen haben, längs der Linie Elze-Weerbaeren betonierete Unterstände für Maschinengewehre bauen zu lassen. Die Forts am rechten Maasufer und einige am linken sollen unter Beachtung der Lehren des letzten Krieges wiederhergestellt werden, insbesondere sollen die Verteidiger gegen die Wirkung der Giftgas geschützt werden. Die Hauptverteidigungslinie soll durch befestigte, mittels betonierter Unterstände untereinander verbundene Stützpunkte gebildet werden, sie würde mit Vorposten gedeckt werden, die eine plötzliche Ueberrumpelung zu vereiteln hätten.
Als Deutschland an seiner Ostgrenze zum Schutze gegen Polen ein paar betonierete Unterstände errichtet hatte, hieß es bekanntlich, diese Anlagen seien aggressiv, und Deutschland müßte sie wieder zerstören. Bei Belgien sind solche Befestigungen natürlich rein defensiv. Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe.

Moskau für völlige Abrüstung.

Litwinow gegen falsche Gerüchte. — Eigenes Programm der Genfer Sowjetdelegation. — Abrüstung auch in Italien.
Litwinow legte in einer Besprechung mit Pressevertretern den Standpunkt der Sowjetregierung in der Abrüstungsfrage dar, um damit allen falschen Gerüchten über die voraussichtliche Haltung der Sowjetdelegation in Genf entgegenzutreten. In längeren Ausführungen betonte er zunächst, daß die Sowjetregierung dem Abrüstungswillen der kapitalistischen Länder mit Mißtrauen gegenüberstehe. Zur Begründung dieses Mißtrauens verwies er auf das bisherige Verhalten des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage. Er betonte dann, daß die Sowjetregierung im Jahre 1925 bereit war, der Einladung zu einer Abrüstungskonferenz zu folgen. Der Völkerbund nahm jedoch der Sowjetunion die Möglichkeit, an den drei Tagungen der Vorbereitenden Kommission tatsächlich teilzunehmen, da er als Ort dieser Tagungen die Schweiz wählte, wohin die Sowjetunion damals aus den bekannten Gründen ihre Delegierten nicht entsenden konnte. Infolge der Befestigung dieser Gründe, das heißt infolge der Beilegung des Konflikts mit der Schweiz, entfiel jetzt die Sowjetunion gemäß dem erwähnten Beschluß eine Delegation zur Teilnahme an der bevorstehenden vier-tägigen Tagung der Vorbereitenden Kommission und auch zur Abrüstungskonferenz, falls letztere jemals einberufen werden wird.

Warum immer im letzten Moment?

Machen Sie schon jetzt Ihre **Weihnachtseinkäufe**

Wir reservieren bei kleiner Anzahlung ausgesuchte Waren bis zum Fest

KAUF HAUS
Wohl
ALTESTES KAUFHAUS IM NORDEN
BERLIN-N. INVALIDENSTR. 134 - Ecke Gorkenstr.